Satzung der Gemeinde Großefehn über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 10, 11, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der jeweils zurzeit geltenden Fassung und des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der jeweils zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Großefehn beschlossen:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

§ 1
Allgemeines

(1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten - im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Großefehn werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe (§ 4 dieser Satzung).

(2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.

(3) Die Erhebung der Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2
Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3
Gebühren

(1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Die Gebühr ist auf volle Euro festzusetzen.

(2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.

(3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit

1. ganz oder teilweise abgelehnt,
2. zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist,

so kann die Gebühr bis auf 25 v. H. des vollen Betrages ermäßigt werden.

(4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.

(5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4
Rechtsbehelfsgebühren

(1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so richtet sich die Gebühr nach Nr. 24 des Kostentarifs.

(2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die sich aus Absatz 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v. H.

(3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5
Gebührenbefreiungen

(1) Gebühren werden nicht erhoben für

1. mündliche Auskünfte,

2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:

   a) Arbeits- und Dienstleistungsangelegenheiten,

   b) Besuch von Schulen,

   c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,

   d) Nachweise der Bedürftigkeit,

3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,

4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,

5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen

a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist,

b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschl. ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken i. S. des § 54 der Abgabenordnung Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.

(2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.

(3) Die Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.

(4) Für Verfahren nach dem Sozialgesetzbuch werden keine Auslagen erhoben (§ 64 SGB X). Geschäfte und Verhandlungen, die aus Anlass der Beantragung, Erbringung oder Erstattung einer Sozialleistung nötig werden, sind kostenfrei.

§ 6
Auslagen

(1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenpflichtige sie zu erstatten; dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist.

Auslagen hat der Kostenpflichtige auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind; in diesen Fällen findet ein Ausgleich zwischen den Behörden nur statt, wenn die Auslagen im Einzelfall 25 € übersteigen. Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind, ohne dass sie gegenseitig ausgeglichen werden.

Die o.g. Regelung gilt nicht für Auslagen bei der Bearbeitung eines Rechtsbehelfs, soweit diesem stattgegeben wird.

(2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:

1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen; wird durch Beschäftigte der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
2. Gebühren für Telekommunikationsdienste (z.B. Telefongespräche, Telefaxe, E-Mails etc.)
3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
4. Zeugen-, Sachverständigen-, Dolmetscher- und Übersetzergebühren,
5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen

8. Kosten für Vervielfältigungen, Abschriften, Auszüge, etc. nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.

(3) Bei Verkehr mit den Behörden des Landes und den Gebietskörperschaften im Lande untereinander werden, soweit Gegenseitigkeit verbürgt ist, Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 € übersteigen.

§ 7
Kostenpflichtiger

(1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet, wer

1. Anlass zu einer Verwaltungstätigkeit gegeben hat,
2. sich zur einer Kostenübernahme bereit erklärt hat oder
3. kraft Gesetz für die Kostenpflicht eines anderen haftet.

(2) Kostenpflichtiger nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

(3) Mehrere Kostenpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 8
Entstehung der Kostenpflicht

(1) Die Kostenpflicht entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.

(2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9
Fälligkeit der Kostenschuld

(1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.

(2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung der Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 10
Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes die Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 11
Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt mit Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung vom 22.06.1995, in der Fassung der Änderungssatzung vom 04.12.2008, außer Kraft.

Anlage: Kostentarif

Großefehn, 30.03.2017

Gemeinde Großefehn
Der Bürgermeister

Olaf Meinen

Die Satzung wurde am 30.03.2017 beschlossen.
Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Aurich – Nr. 14 - am 08.04.2017. Inkrafttreten: 09.04.2017.

1. Änderung am 16.12.2021 beschlossen.
Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Aurich - Nr. 99 - am 23.12.2021., Inkrafttreten: 24.12.2021.

Anlage zur Satzung der Gemeinde Großefehn über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) vom 30.03.2017

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschalbeträge für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung)

Lfd. Nr.	Gegenstand	EUR
1	**Vervielfältigungen**	
1.1	mit **Fotokopier-, Druck- und ähnlichen Geräten** in **schwarz** je Seite (Druck und Papier)	
1.1.1	bis zum Format DIN **A 4**	**0,20 €**
1.1.2	im Format DIN **A 3**	**0,40 €**
1.2	mit **Fotokopier-, Druck- und ähnlichen Geräten** in **Farbe** je Seite (Druck und Papier)	
1.2.1	bis zum Format DIN **A 4**	**0,40 €**
1.2.2	im Format DIN **A 3**	**0,80 €**
1.3	mit **Plotter** in **schwarz** oder **farbig**	
1.3.1	je angefangener **ml Tinte**	**2,50 €**
1.3.2	je angefangener **m² Papier**	**1,00 €**
	Anmerkung zu 1.1 bis 1.3:	
	Für Inhaber der Ehrenamtskarte und der Juleica-Karte reduzieren sich die Beträge um 50 v. H.	
1.4	für **Vereine und Verbände der Gemeinde Großefehn** mit **Fotokopier-, Druck- und ähnlichen Geräten** (Druck)	
1.4.1	bis zum Format DIN **A 4** in **schwarz** je Seite	**0,08 €**
1.4.2	im Format DIN **A 3** in **schwarz** je Seite	**0,16 €**
1.4.3	bis zum Format DIN **A 4** in **farbig** je Seite	**0,18 €**
1.4.4	im Format DIN **A 3** in **farbig** je Seite	**0,36 €**
1.5	**zzgl. zu Pos. 1.4.1 bis 1.4.4** Kosten für Papier/Karton **weiß**	
1.5.1	weißes Papier **80 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,02 €**
1.5.2	weißes Papier **80 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,04 €**
1.5.3	weißer Karton **120 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,04 €**
1.5.4	weißer Karton **120 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,06 €**
1.5.5	weißer Karton **160 g / m²** im Format **DIN A 4**	**0,06 €**

1.5.6	weißer Karton **160 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,08 €**
1.6	**zzgl. zu Pos. 1.4.1 bis 1.4.4** Kosten für Papier/Karton **farbig**	
1.6.1	farbiges Papier **80 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,04 €**
1.6.2	farbiges Papier **80 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,06 €**
1.6.3	farbiger Karton **120 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,06 €**
1.6.4	farbiger Karton **120 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,08 €**
1.6.5	farbiger Karton **160 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,08 €**
1.6.6	farbiger Karton **160 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,10 €**

2 Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise

2.1	Beglaubigung von **Unterschriften**	**3,00 €**
2.2	Beglaubigung von	
2.2.1	**Abschriften**, je Seite	
2.2.1.1	der Erstausfertigung	**3,00 €**
2.2.1.2	der Durchschrift	**2,00 €**
2.2.2	**Vervielfältigungen** und **Durchschriften**, die mit Fotokopier-, Druck- und ähnlichen Geräten hergestellt werden	
	je Seite des ersten Abdrucks	**3,00 €**
	zusätzlich für jeden weiteren Abdruck je Seite	**2,00 €**
2.3	Beglaubigung von **Urkunden** und **Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland**	**12,00 €**

Anmerkung zu 2.1-2.3:

Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Ehrenamtskarteninhaber sowie Jugendamtsurkunden, die nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfegesetz auszustellen sind.

2.4 **Ausstellungen von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen** (wenn Gebühren nicht nach anderen Tarifnummern zu erheben sind)

von	**6,00 €**
bis	**230,00 €**

3 Akteneinsicht, Auskünfte

3.1 Die **Einsicht in Akten, Register, Karteien und dergleichen** – ausgenommen nach § 72 Abs. 1 NBauO, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und wenn in einer anderen Tarifnummer keine

1.5.6	weißer Karton **160 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,08 €**
1.6	**zzgl. zu Pos. 1.4.1 bis 1.4.4** Kosten für Papier/Karton **farbig**	
1.6.1	farbiges Papier **80 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,04 €**
1.6.2	farbiges Papier **80 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,06 €**
1.6.3	farbiger Karton **120 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,06 €**
1.6.4	farbiger Karton **120 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,08 €**
1.6.5	farbiger Karton **160 g / m²** im Format DIN **A 4**	**0,08 €**
1.6.6	farbiger Karton **160 g / m²** im Format DIN **A 3**	**0,10 €**

2 Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise

2.1	Beglaubigung von **Unterschriften**	**3,00 €**
2.2	Beglaubigung von	
2.2.1	**Abschriften**, je Seite	
2.2.1.1	der Erstausfertigung	**3,00 €**
2.2.1.2	der Durchschrift	**2,00 €**
2.2.2	**Vervielfältigungen** und **Durchschriften**, die mit Fotokopier-, Druck- und ähnlichen Geräten hergestellt werden	
	je Seite des ersten Abdrucks	**3,00 €**
	zusätzlich für jeden weiteren Abdruck je Seite	**2,00 €**
2.3	Beglaubigung von **Urkunden** und **Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland**	**12,00 €**

Anmerkung zu 2.1-2.3:

Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Ehrenamtskarteninhaber sowie Jugendamtsurkunden, die nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfegesetz auszustellen sind.

2.4 **Ausstellungen von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen** (wenn Gebühren nicht nach anderen Tarifnummern zu erheben sind)

von **6,00 €**

bis **230,00 €**

3 Akteneinsicht, Auskünfte

3.1 Die **Einsicht in Akten, Register, Karteien und dergleichen** – ausgenommen nach § 72 Abs. 1 NBauO, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und wenn in einer anderen Tarifnummer keine

5	**Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung,** die von Privatpersonen zu deren Nutzung gewünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen)	
5.1	je angefangene Seite	**15,00 €**
6	**Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmebewilligungen** und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeiten, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben.	
	von	**10,00 €**
	bis	**600,00 €**
7	**Verwaltungstätigkeiten,** die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind,	
	für jede angefangene halbe Arbeitsstunde	**25,00 €**
8	**Bearbeitung von Gestattungsverträgen**	
	je Vertrag	**15,00 €**
9	**Bearbeitung von Bürgschaftsanträgen**	
	je Antrag	**15,00 €**
10	**Vermögensverwaltung**	
10.1	**Vorrangeinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen** zugunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere **gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten** sowie **Belastungsgenehmigungen**	
10.1.1	**bis zu 10.000 €** des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes oder des betroffenen Teilbetrages	**50,00 €**
10.1.2	**mehr als 10.000 €** des Nominalbetrages	**75,00 €**
10.2	**Löschungsbewilligungen** zugunsten von Grundpfandrechten Dritter	
10.2.1	**bis zu 10.000 €** des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes oder des betroffenen Teilbetrages	**50,00 €**
10.2.2	**mehr als 10.000 €** des Nominalbetrages	**75,00 €**
10.3	**Löschungsbewilligungen, Vorrangeinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte**, die **nicht unter** die **Tarifnummern 10.1 und 10.2** fallen	**60,00 €**
10.4	**Ausstellungen eines Zeugnisses** über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts **(Negativzeugnis) nach dem BauGB**	**70,00 €**

Anmerkungen zu 10:

Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Erklärungen und Bewilligungen aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung (z. B. aufgrund eines Kaufvertrages, bei der die Gemeinde Vertragspartner ist)

11	**Aufstellung über den Stand des Steuerkontos**	
	für jedes Haushaltsjahr	**6,00 €**
12	**Zweitausfertigungen von Steuer- oder sonstigen Quittungen**	
	je Ausfertigung	**6,00 €**
13	**Bearbeitung von verloren gegangenen Hundesteuermarken**	
	je Fall	**10,00 €**
14	**Bescheinigungen**	
14.1	über **öffentliche Abgaben** früherer Jahre	
	für jedes Jahr	**6,00 €**
14.2	über **Erschließungsbeiträge bzw. Anliegerbeiträge**	**8,00 €**
15	**Feststellungen aus Konten und Akten**	
	für jede angefangene halbe Arbeitsstunde	**18,00 €**
16	**Nachforschung nach dem Verbleib einer Überweisung**	
	für jeden Fall	**5,00 €**

Anmerkung zu 16:

1. Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn die Nachforschung ergeben hat, dass der in Frage stehende Betrag dem Empfänger nicht gutgeschrieben oder nicht an ihn ausgezahlt worden ist.

2. Der Betrag, der von der Gemeinde für die Nachforschung an das kontoführende Kreditinstitut zu zahlen ist, ist in der Gebühr nicht enthalten und deshalb gesondert als Auslage zu erheben.

17	**Abgabe von Bauleitplänen**	
17.1	bis zum Format DIN **A 4**	**4,00 €**
17.2	im Format DIN **A 3**	**6,00 €**
17.3	im Format DIN **A 2**	**8,00 €**

17.4	**größer** als DIN **A 2**	**10,00 €**
17.5	bei **Anfertigungen durch Dritte** (Firmen) - nachgewiesene Fremdkosten (Rechnung)	

18	**Amtliche Aushänge im Bekanntmachungskasten**

18.1	bis zum Format DIN **A 3**	**6,00 €**
18.2	**größer** als DIN **A 3**	**8,00 €**

19	**Genehmigung und Überwachung von Arbeiten,** die für Rechnung Dritter von Unternehmern **an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen** ausgeführt werden,

je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschl. Anfahrtsweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle **25,00 €**

Anmerkung zu 19:

Sofern die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zugrunde zu legen.

20	**Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten,** und zwar für

20.1	**Büroarbeiten** je angefangene halbe Arbeitsstunde	**25,00 €**
20.2	**Außenarbeiten** je angefangene halbe Arbeitsstunde einschl. Anfahrtsweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle	**25,00 €**

Anmerkung zu 20:

Anmerkung zu 19 gilt entsprechend.

21	**Auswertungen, Statistiken, Leistungen u.Ä. mit EDV-Unterstützung**

21.1	je angefangene 10 Minuten des **Beschäftigten**	**8,00 €**
21.2	je angefangene 10 Minuten der **Maschinenlaufzeit**	**14,00 €**

Anmerkung zu 21:

Die Zeiten sind getrennt zu ermitteln, wenn dieses günstiger ist.

22	**Erschließungsbescheinigungen** (§ 62 Abs. 5 NBauO)

je Bescheinigung

22.1	**bis zu 50.000 €** Baukosten	**60,00 €**
22.2	**mehr als 50.000 €** Baukosten	**85,00 €**

23	**Archiv**

23.1	Für **familiengeschichtliche Auskünfte** wird die Gebühr nach dem Zeit-	**18,00 €**

	aufwand erhoben. Sie beträgt je angefangene halbe Arbeitsstunde	
23.2	**Schriftliche Auskünfte** aus Urkunden und alten Akten je Seite	**5,00 €**
	Für jede weitere Ausfertigung, wenn sie im gleichen Arbeitsgang gefertigt wird	**1,00 €**
23.3	**Benutzung des Archivs**	
23.3.1	für einen Tag	**6,00 €**
23.3.2	ab einer Woche für jede Woche	**18,00 €**

Anmerkungen zu 23:

Für die Benutzung und Auskunftserteilung zu wissenschaftlichen und heimatkundlichen Zwecken sowie bei Durchführung von Arbeiten, die der Berufsbildung dienen, sind lediglich die baren Auslagen zu erstatten.

24	**Rechtsbehelfe**	
	Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der Entscheidung über Widersprüche Dritter.	- €

Anmerkung zu 24:

Innerhalb dieses Rahmens soll die Gebühr für Entscheidungen gegen die Festsetzung von Verwaltungskosten in der Regel 10 v.H. der strittigen Kosten nicht übersteigen, sofern nicht das Maß des Verwaltungsaufwandes im Einzelfall eine höhere Gebühr erfordert.

Aufgrund der Abschaffung des verwaltungsrechtlichen Vorverfahrens ist die Tarifnummer 24 derzeit nicht besetzt.